



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/67

10. Juni 1949

Politik der Unvernunft

P.R. Wenn nicht ein Wunder geschieht, wird auch diese Aussenministerkonferenz ein Fehlschlag werden. Das Wunder aber müsste nach Lage der Dinge eine Besinnung der Sowjets darauf sein, dass in erster Linie sie selbst auf diese Konferenz hingearbeitet und sie unter Einsatz eines erheblichen Prestigeverlustes durch Aufhebung der Berliner Blockade erreicht haben. Die Sowjets gingen in der schwächeren Position in die Konferenz, sie waren es vor allem, die eine Verbesserung ihrer politischen und wirtschaftlichen Situation erstrebten. Sie mussten sich von vornherein sagen, dass sie das unter diesen Umständen nicht durch die einfache Wiederholung ihrer bisherigen Praxis, zu allen Vorschlägen "nein" zu sagen, erreichen konnten. Trotzdem sind sie bisher dem alten Verfahren treu geblieben. Das scheint eine geradezu beispielhafte Politik der Unvernunft zu sein.

Nur einmal hat Wyschinski in einer Verfahrensfrage ein schüchternes Ja gewagt. Dieses Ja war recht interessant, denn es fiel bezeichnenderweise in dem Augenblick, in dem Dean Acheson zum erstenmal für den Fall eines neuen "njet" offen von der dann wohl notwendigen Vertagung der Konferenz sprach... In der geschilderten offenkundigen russischen Inkonsequenz, in diesem Widerspruch zwischen der ursprünglichen Absicht, auch unter Opfern einen Schritt aus der Sackgasse herauszukommen, in die man sich selbst hineinmanövriert hatte und der Taktik in Paris, die der Verwirklichung solcher Absicht angesichts der Stärke der westlichen Position nur abträglich sein konnte, liegt eigentlich die einzig verbliebene Hoffnung, man werde durch einen plötzlichen Kurswechsel Wyschinskis doch noch zu einer Art Verständigung kommen können, so bescheiden sie in der Substanz sein mag.

Von der anderen Seite sind prinzipielle Zugeständnisse nicht zu erwarten. Man denkt nicht daran, eine Art Dachorganisation für ein in praxi geteiltes Deutschland anzuerkennen. Auch die Möglichkeiten eines Wirtschaftsabkommens zwischen Ost- und Westdeutschland sind gering, denn die russische Absicht wurde allzu deutlich, wohl die eigene prekäre Situation auf diese Weise zu verbessern, die deutsche Bevölkerung in der Ostzone aber minimal oder überhaupt nicht an ihren Vorteilen teilnehmen zu lassen. Die Besprechungen der Militärgouverneure bzw. ihrer Vertreter mit dem deutschen Konsultativrat, für die in ihren Einzelheiten Vertraulichkeit vereinbart wurde, haben jedenfalls die Entschlossenheit der Westalliierten

sich keinesfalls einwickeln zu lassen, ganz klar gemacht. Man ist auf dieser Seite, und zwar bei allen drei Mächten, durchaus auf die Möglichkeit eines Fehlschlages in Paris eingestellt. Ebenso klar kam die deutsche Einmütigkeit in der Ablehnung zum Ausdruck, den von Wyschinski genannten Preis für die deutsche Einheit zu zahlen.

Diese Einmütigkeit sowohl bei den Westalliierten als auch bei den Deutschen, wird die Russen besonders enttäuscht haben, deren Absicht es offenbar war, sowohl die einheitliche westalliierte, als auch die deutsche Auffassung aufzuspalten und ausserdem die Entstehung einer weitgehenden Übereinstimmung zwischen den Westalliierten und den Deutschen zu verhindern. Nichts davon ist geglückt. Wyschinski und seine Leute dürften das inzwischen auch eingesehen haben. Diese Erkenntnis könnte für sie vielleicht ein Grund sein, sich schliesslich doch noch zu einer gewissen Bereitwilligkeit, zu einem Abkommen zu gelangen, durchzuringen: Sie haben zunächst einmal auch bei dieser Konferenz versucht, durch Hartnäckigkeit den Gegner zu erweichen und sie zeigen ernste Verhandlungsbereitschaft, wenn sie jenes anfängliche Bemühen als endgültig gescheitert ansehen müssen.

Aber solche Hoffnung ist, wie gesagt, nicht gross. Fast scheint es so, als ob noch während der Konferenz sich bei den Russen wieder verstärkt die Erwartung einer akuten Wirtschaftskrise bei den Westmächten und insbesondere bei den USA eingenistet habe, die sie die eigene Notlage wenn nicht vergessen, so doch in einem freundlicheren Lichte erscheinen lässt. Die Enttäuschung über einen negativen Ausgang in Paris würde besonders gross in Berlin und in der Ostzone sein. Aber gerade dort weisse man aus jahrelanger bitterer Erfahrung mit dem russischen Partner, dass Scheinlösungen gar nichts bedeuten. Wieder würde vermutlich geraume Zeit vergehen, ehe die Russen ihren Irrtum erkennen, aufgrund dessen sie dann vielleicht positiver reagieren würden. Als eine recht schwankende Brücke für diesen späteren abermaligen Anlauf könnte die Errichtung einer ständigen Konferenz der stellvertretenden Aussenminister gelten, von der in diesen Tagen die Rede war.

Fritz Cahn-Garnier † (sp.) In Dr. Fritz Cahn-Garnier, dem vor kurzem verstorbenen Oberbürgermeister von Mannheim verliert die SPD einen ihrer fähigsten Theoretiker und Praktiker der Kommunalverwaltung, einen glänzenden Redner und viel gelesenen Publizisten.

Fritz Cahn-Garnier ist ein Sohn der Stadt, deren Oberbürgermeister er bei seinem unerwarteten Tode war. 1889 in Mannheim als Sohn eines Arztes geboren, promovierte Fritz Cahn 1913 zum Doktor jur. und nahm dann aktiv am Weltkrieg teil. Vom Justizdienst wechselte er 1925 in die Kommunalverwaltung und wurde Stadtsyndikus von Mannheim. 1933 aus politischen und rassistischen Gründen kaltgestellt - er half sich über diese Zeit als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter von Univ.-Prof. Dr. Heinrich Höniger, Heidelberg, jetzt New York, hinweg - meldete sich Fritz Cahn 1945 wieder in der Politik. Stadtsyndikus in Mannheim, Finanzdirektor von Baden, Finanzminister von Württbg.-Baden, Präsident der Württbg.-Badischen Landeszentralbank, Mitglied des Wirtschaftsrates und seit 1. Februar 1948 Oberbürgermeister von Mannheim - das sind die arbeitsreichen Stationen eines sozialistischen Politikers, der ausserdem noch Zeit fand, in Versammlungen und Publikationen für den Sozialismus zu wirken.

Dr. Schumacher zur Demontage.

Dr. Schumacher, der Vorsitzende der SED, erklärte zu der neuesten Entwicklung in der Demontagefrage:

Nachdem sich zum Frühjahr dieses Jahres durch die falsche Wirtschaftspolitik von Frankfurt die Arbeitslosigkeit ganz überwiegend in den Flüchtlingsländern entwickelt hat, ist seit zwei Monaten festzustellen, dass die industriellen deutschen Länder, vor allem Nordrhein-Westfalen, sehr stark an der Zunahme der Arbeitslosigkeit beteiligt sind.

In diese Entwicklung platzt die neuerliche Demontageverordnung, die besonders die Betriebe der Kohleveredlungswirtschaft im Ruhrgebiet betrifft. Es handelt sich dabei nicht um einen Akt der Reparationsentnahmen, sondern um einen Versuch, die deutsche Wirtschaft entscheidend zu schwächen, um sie aus der Konkurrenz gegenüber Betrieben in den Siegerländern auszuschalten. Es ist im eigentlichen Sinne nicht Demontage, sondern Demolierung.

Die jetzt zur Demontage bestimmten Werke können nirgends in absehbarer Zeit wieder aufgebaut werden. Ein Aufbau in einem anderen Land würde Jahre beanspruchen und die Kosten der Demontage in Deutschland und der Remontage in einem anderen Land würden zusammen den Wert der zerstörten Anlagen beträchtlich übertreffen. Die Produktion würde in jedem Fall für längere Zeit ausfallen und die europäische Wirtschaftskapazität damit geschwächt sein. Der volkswirtschaftliche Effekt würde darum schon in keinem Falle erreicht werden, weil es nicht nur auf die Maschinen allein ankommt. Man kann die Arbeiter, Chemiker und Ingenieure nicht auch in ein anderes Land zwangsweise verpflanzen. Das Ergebnis dieser Politik ist wohl eine Schwächung der deutschen Volkswirtschaft, aber keine Stärkung der europäischen Produktionskraft in irgend einem Lande.

Alles dies geschieht in einer Periode, in der man das deutsche Volk krisenfest gegenüber den Vorlockungen des östlichen Totalitarismus machen will. Man zerstört aber jeden Glauben an die Verlässlichkeit und Gutwilligkeit der westlichen Demokratien, wenn man vier Jahre nach der Zerschlagung des Dritten Reiches mit diesen Methoden kommt und unter dem Gesichtspunkt primitiver Konkurrenz einfach darauflos demontiert. Mit diesen Mitteln kann der Marshallplan nicht realisiert und eine ausreichende eigene europäische Leistung nicht geschaffen werden. In diesen Monaten soll Westdeutschland unter eigener Verantwortung in den Marshallplan eingeschaltet werden. Wie man das bei einer zerbröckelnden Wirtschaft erfolgreich machen will, bleibt unerfindlich.

Es ist die Pflicht der politischen Parteien, jetzt zusammen mit den Gewerkschaften die Stimme im In- und Ausland gegen diese verderbliche und kurzsichtige Politik der wirtschaftlichen Konkurrenz zu erheben. Wir appellieren an die Gewerkschaften und die politisch aufgeschlossenen Menschen in den USA und in Grossbritannien, aber auch an alle die, die in der Niederlage des Dritten Reiches mehr sehen, als die Gelegenheit, Geschäfte zu machen. Es muss endlich ein fester Boden für die Entwicklung der deutschen Demokratie im Rahmen der politischen und ökonomischen Zusammenarbeit Europas geschaffen werden.

Kommunismus gegen Kosmopolitismus

Von Bruno Kalnins, Stockholm

Der im März dieses Jahres in der Sowjetunion eingeleitete Kampf gegen den Kosmopolitismus dauert nun schon mehr als drei Monate an und wird mit grosser Schärfe weitergeführt. In sämtlichen Zeitungen und Zeitschriften erscheinen ständig heftige Artikel, die gegen den Kosmopolitismus gerichtet sind. Die sowjetischen Wissenschaftler, Schriftsteller und Kritiker verurteilen in ihren Versammlungen diejenigen ihrer Kollegen, welche kosmopolitische Abweichungen gemacht haben. Die Redaktionen und wissenschaftlichen Institutionen werden von den gefährlichen Kosmopoliten gesäubert. Viele von ihnen verschwinden spurlos, andere erkennen in öffentlichen Briefen, die in den Zeitungen veröffentlicht werden, ihre Fehler und Sünden und geloben, künftig "alle ihre Kräfte" dem Kampfe gegen "die schurkische und antisowjetische Ideologie des Kosmopolitismus zu widmen".

Die prinzipielle Grundlage für diese wütende ideologische Vernichtungsaktion bildet die neue kommunistische Auffassung, dass nur die russische Wissenschaft und Kultur wertvoll und richtig, alles ausländische aber schädlich sei und daher entschieden abgelehnt werden muss. Diejenigen sowjetischen Wissenschaftler und Schriftsteller, welche etwas Gutes auch in der Literatur des Auslandes finden, sind von vornherein Gegner des Sowjetpatriotismus. Grundsätzlich bedeutet diese neue kommunistische Propagandalinie das Aufgeben jeglicher internationalistischer Gesinnung, welche einst von Lenin als führendes Prinzip der kommunistischen Bewegung betrachtet wurde, bedeutet doch das griechische Wort Kosmopolitismus eine weltbürgerliche Gesinnung, die über alle trennenden nationalen Schranken sich hinwegsetzt. Um aber die internationalistischen Traditionen der kommunistischen Partei nicht allzu offensichtlich zu brechen, wird mit einem Fremdwort operiert, welches den russischen Massen wenig bekannt ist.

Einige Beispiele: Der "Bolschewik", das theoretische Zentralorgan der kommunistischen Partei, hat in seinen letzten Nummern eine ganze Reihe von längeren Artikeln gegen den Kosmopolitismus gerichtet. In diesen wird ein ganzes Register der Sünden der "passlosen" Kosmopoliten veröffentlicht: diese "wurzellosen Intellektuellen" loben die Werke der "verfaulten ausländischen Wissenschaft und Kunst", sie "verneinen die Priorität Russlands" in bezug auf die wichtigsten wissenschaftlichen Erfindungen. Es sei ihnen gelungen, in die Redaktionen, wissenschaftlichen Institutionen und Schulen hineinzukommen und sie hätten dort die "fremde und feindliche Kultur Westeuropas und Amerikas" propagiert. Die Tätigkeit der Kosmopoliten richte sich gegen "die grossen Ehrungenschaften der sowjetischen Kultur" und besonders gegen den Sowjetpatriotismus. Ein typischer Repräsentant des schädlichen Kosmopolitismus sei der Redakteur der philosophischen Zeitschrift "Voprosi filosofiji" (Fragen der Philosophie), Professor B. Kedrin. Dieser habe von "den grossen Prinzipien der internationa-

len Solidarität der Wissenschaftler" gesprochen und die Notwendigkeit "der vollen Internationalität der Wissenschaft" betont. Solche Äusserungen seien "direkt furchtbar"! - Ganz ähnliche Artikel finden sich in der "Literaturnaja Gazeta" (Literarische Zeitung), dem offiziellen Organ des sowjetischen Schriftstellerverbandes.

Es ist bezeichnend, dass etwa die Hälfte der während der letzten drei Monate in der Sowjetpresse namentlich genannten Kosmopoliten Juden sind. Gleichzeitig ist in Moskau der jüdische Verlag Emma und die jüdische Zeitung "Einigkeit" sowie die Monatsschrift "Der Stern" eingestellt worden. Auch das antifaschistische jüdische Komitee ist aufgelöst worden. Der Feldzug gegen den Kosmopolitismus hat also auch antisemitische Züge. Dagegen wird die panslawistische Propaganda aktiv fortgesetzt. Das allslawische Komitee in Moskau, das 1941 gebildet wurde, arbeitet unbehindert weiter, seine Zeitschrift "Slawjane" (Die Slawen) erscheint regelmässig. Die slawischen Satelliten-Staaten gehören eben nicht zum feindlichen Ausland. Im gleichen Zuge hat man die Propaganda für den Sowjetpatriotismus energisch verstärkt. Bezeichnenderweise hat in Moskau sogar eine neue superpatriotische Zeitung zu erscheinen begonnen, die den Titel "Patriot Rodini" (Der Patriot des Vaterlandes) trägt. (Übrigens wird nunmehr selbst das Wort "Rodina" (Vaterland) stets mit grossem "R" geschrieben, obgleich in der russischen Sprache die Substantiven nicht mit grossem Buchstaben beginnen. Der Sowjetpatriotismus macht sich also sogar in der sowjetischen Rechtschreibung bemerkbar!)

Die Hauptaufgabe der eifrigen Bekämpfung des Kosmopolitismus ist natürlich die Stärkung des russischen Nationalismus. Dieses Hauptziel wird offen in einem leitenden Artikel über "die nationalen Traditionen" in der letzten Nummer des "Bolschewik" hervorgehoben. Darin heisst es u.a.: die kommunistische Partei entwickle "die besten nationalen Traditionen des grossen russischen Volkes" und nütze sie aus zur Entfaltung des sowjetischen Patriotismus. Schon Lenin habe über den "nationalen Stolz der Grossrussen" geschrieben. Die Kultivierung des Sowjetpatriotismus sei heute die wichtigste Aufgabe der kommunistischen Partei. Gerade deshalb müsse man den "heimatlosen Kosmopolitismus" schnellstens und gründlich vernichten.

Mindestarbeitsbedingungen und Kündigungsschutz

Der Gewerkschaftsrat der vereinten Zonen hat am 4. Juni an die Fraktionen des Wirtschaftsrates ein Schreiben folgenden Inhaltes gerichtet:

Der Gewerkschaftsrat der vereinten Zonen hat sich in eingehender Aussprache mit der gegenwärtigen sozialpolitischen Situation beschäftigt, dabei auch die sich wegen der bevorstehenden Wahl des Bundesparlamentes und dessen Konstituierung zu erwartende Einstellung der gesetzgeberischen Tätigkeit des Wirtschaftsrates erörtert.

Der Gewerkschaftsrat hält es für dringend geboten, dass der Wirtschaftsrat vor der Beendigung seiner Tätigkeit noch ein Gesetz über

die Regelung von Mindestarbeitsbedingungen und ein Kündigungsschutzgesetz beschliesst.

Bezüglich eines Kündigungsschutzgesetzes haben Besprechungen mit dem Herrn Direktor der Verwaltung für Arbeit stattgefunden, der uns zusagte, den Entwurf eines solchen Gesetzes durch den Verwaltungsrat dem Wirtschaftsrat so rechtzeitig zuleiten zu wollen, dass der Wirtschaftsrat dieses Gesetz noch verabschieden könne. Wir glauben daher, auf eine besondere Erörterung dieser Frage verzichten und uns darauf beschränken zu können, dem Wunsche Ausdruck zu geben, dieses Gesetz baldigst zu verabschieden.

Dringend notwendig ist aber auch der Erlass eines Gesetzes über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen. Die Gewerkschaften stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, dass die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifvertrag erfolgen soll. Es gibt aber Gruppen von Arbeitnehmern, für die eine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifvertrag nicht möglich ist. Wir erinnern an die Heimarbeiter, Hausgewerbetreibenden und die Hausangestellten. Vielfach ist die Regelung durch Tarifvertrag auch nicht möglich, weil es an einem Tarifpartner fehlt, die tarifrechtlichen Voraussetzungen also nicht gegeben sind. Auch diese Arbeitnehmergruppen bedürfen eines Schutzes ihrer Arbeitsverhältnisse, einer einheitlichen Regelung derselben, insbesondere einer Garantie von Mindestarbeitsbedingungen, die durch unsoziale Arbeitgeber nicht unterschritten werden dürfen, sollen sie nicht der Gefahr sozialer Verelendung ausgesetzt werden. Der von der Sozialdemokratischen Fraktion des Wirtschaftsrates eingebrachte Initiativantrag (Drucksache Nr. 1044) sowie der dem Ausschuss für Arbeit vorgelegte Vorschlag der VFA bieten nach unserer Auffassung die Möglichkeit, diese Materie durch den Wirtschaftsrat einer baldigen gesetzlichen Regelung entgegenzuführen.

Wir richten an die Fraktionen des Wirtschaftsrates das dringende Ersuchen, alles zu tun, damit ein Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen vom Wirtschaftsrat vor der Einstellung seiner Tätigkeit verabschiedet wird. (t/B. 1/1/106/hs)

Die Prophezeihungen des Herrn Storch

Seit Monaten geht das Gespenst der Arbeitslosigkeit in der Bizonne um. In der Landwirtschaft ist die Zahl der Beschäftigten um mehr als 200.000 und im Bau- und Baunebengewerbe um knapp 100.000 zurückgegangen. Aber für Herrn Direktor Storch, dem Verantwortlichen der Zweizonnen-Verwaltung für Arbeit, war das keinerlei Anlass zu irgend einer Beunruhigung. Die starke Abnahme der Beschäftigten in der Landwirtschaft tat er mit einer Handbewegung ab. Er konnte sich das nur durch die vielen "Schein-Arbeitsverhältnisse" vor der Währungsreform erklären, während doch die wirklichen Ursachen, nämlich die miserablen Löhne und Wohnverhältnisse in der Landwirtschaft, die die Landflucht begünstigten, offensichtlich waren.

Aber Herr Direktor Storch blies nur in das gleiche Horn wie

seine CDU-Kollegen Erhard und Rinder, die die steigende Arbeitslosigkeit der letzten Monate als "Reinigung der Wirtschaft" oder sonstwie harmlos zu erklärende Erscheinung zu deuten versuchten. Im übrigen wurde ständig in Optimismus gemacht. Nach der Methode Coué wurden auch nur die geringsten, zufälligen Anzeichen eines Rückganges der Arbeitslosigkeit in irgend einem Arbeitszweig zu der Schlussfolgerung benutzt, dass sich die Arbeitslosigkeit rückläufig bewege, dass sie nicht nur zum Stillstand gekommen sei, sondern angeblich sogar mehr Neueinstellungen als Entlassungen verzeichnet werden könnten.

Herr Direktor Stroch verstieg sich sogar im April 1949 dazu, sehr exakte Ziffern der weiteren Entwicklung der Arbeitslosigkeit anzugeben. Nach seinen Berechnungen hätten wir im abgelaufenen Monat Mai unter ausschliesslicher Berücksichtigung der saisonmässigen Einflüsse nur 945 000 - und wenn man auch die von ihm prophezeigte konjunkturelle Entlastung des Arbeitsmarktes berücksichtigen würde, nur 800 000 Arbeitslose registrieren dürfen.

In Wirklichkeit wurden offiziell Ende Mai 1949 1 215 642 Arbeitslose gezählt, das sind 24 532 mehr als Ende April 1949. Das ist das Ergebnis der von Frankfurt "planmässig" betriebenen "freien Wirtschaft".

Vor der Währungsreform lehnte man jedes ernsthafte Einschreiten gegen die Warenhorter ab, nach der Währungsreform wird mit einer Konjunktur geprahlt, deren Wurststichigkeit immer offensichtlicher zu Tage tritt. Scharfe Kreditbeschränkungen auf der einen Seite, Verhinderung einer Steigerung der Kaufkraft der breiten Masse durch preis- und lohnpolitische Massnahmen auf der anderen Seite, das sind die wirklichen Ursachen der jetzigen Arbeitslosigkeit.

(b/B.115/1/106/hs)

Gebesserte Position der argentinischen Sozialisten

sp. Argentinien Sozialisten stehen seit über fünf Jahren in einem Kampf gegen die totalitären Tendenzen des Peron-Regimes. Kurze Zeit nach Peróns Rutsch im Juni 1943 wurde die sozialistische Presse verboten, zahlreiche sozialistische Führer wurden verhaftet oder in die Emigration gezwungen und vorübergehend wurde auch die Partido Socialista, die Sozialistische Partei Argentinien, aufgelöst, deren erster Vorsitzender Nicholas Repetto sich zu dieser Zeit gerade zu Besuch in den USA befand. Während des zweijährigen Verbots der Partei ging trotz ihrer regen, illegalen Tätigkeit und trotz der illegalen Weiterherausgabe des Parteiorgans, der "Vanguardia", die Kontrolle über die Gewerkschaftsbewegung verloren, in der während der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen die Sozialisten die massgebende Rolle gespielt hatten. Eine Reihe sozialer Massnahmen, die Peron innerhalb der Arbeiterschaft zu Popularität verhelfen, war vom offenen Terror gegen alle Gewerkschaftsführer begleitet,

die sich weigerten, die Politik der Regierung zu unterstützen. Ein Teil der Arbeiterschaft hielt der Sozialistischen Partei die Treue. Nach ihrer offiziellen Wiederezulassung führte die Sozialistische Partei einen scharfen Kampf gegen die Bestrebungen, die Unabhängigkeit und Freiheit der Universitäten zu beseitigen und die Freiheit der Presse zu untergraben. Unliebsame Blätter wurden von der Regierung zumeist unter einem billigen Vorwand verboten. So "begründete" man z.B. das Verbot der "Vanguardia" mit der angeblich unsanitären Einrichtung der Druckerei. Trotzdem konnte die Sozialistische Partei ihre Organisation inzwischen wesentlich straffen, ihr Einfluss bei den intelligenten Schichten der Bevölkerung und den Mittelklassen ist in der letzten Zeit beträchtlich gewachsen. Die "Vanguardia" erscheint wieder und neuerdings kommt auch noch eine Halbmonatsschrift "El Socialista" heraus, die bei der Arbeiterschaft starken Anklang findet.

b/B.65/106/hs.

- - - - -

Bischöfe entscheiden über Flüchtlinge.

(sp.) Etwa 15.000 Landarbeiter sollen aus den Flüchtlingen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern ausgewählt und nach Rheinland-Pfalz überwiesen werden. Mit den Familienangehörigen würde sich diese Zahl auf ca. 40.000 erhöhen. Das ist die erste rheinland-pfälzische Quote von den 300.000 Flüchtlingen, die aus der Bizone von der französischen Zone übernommen werden. Zwar ist nach Meldungen aus Koblenz aus finanziellen Gründen nicht mit einer baldigen Durchführung der Aktion zu rechnen, immerhin aber beschäftigen sich die massgebenden Stellen bereits intensiv mit dem Projekt. Vor allem stellen die Landesarbeitsämter in Rheinland-Pfalz Listen über offene Arbeitsstellen zusammen.

Der Transfer von 40.000 Flüchtlingen ist, wie zugegeben werden muss, angesichts der in jeder Hinsicht eingesengten westdeutschen Verhältnisse keine Kleinigkeit, denn es handelt sich um Menschen, die vier Jahre lang grausam vom Schicksal verfolgt wurden. Es gibt dabei viele Gesichtspunkte zu überlegen, die beim Wohnungsproblem beginnen, die Arbeitsstelle einschliessen und bei den diffizil gelagerten familiären Verhältnissen noch nicht enden. Unter diesen Umständen muss es befremden, dass man die Kette der Schwierigkeiten noch um eine weitere vergrössert. Die von den rheinland-pfälzischen Arbeitsämtern aufgestellten Listen über offene Arbeitsstellen werden an die Bischöfe weitergeleitet, "damit eine entsprechende konfessionelle Einweisung vorgenommen werden kann". Auf die Mitarbeit der Kirchen kann bei der Lösung des Flüchtlingsproblems nicht verzichtet werden, die Aufgaben, die dabei der Kirche zufallen, sind vielfältig und in vier Jahren z.T. mit grossem Erfolg praktiziert. "Konfessionelle Einweisungen" aber dürften nach unserem Dafürhalten die Aufgaben überschreiten, die der Kirche gesetzt sind. Es dürfte nicht allzu viele Flüchtlinge geben, die dafür Verständnis aufbringen, dass eine Verbesserung ihres Schicksals mit dem Glaubensbekenntnis verbunden sein muss. Man wird damit sowohl unter den zurückbleibenden, als auch unter den übersiedelten Flüchtlingen Gefühle wecken, die nicht den Interessen der Kirche dienen können, ganz abgesehen von den politischen Handhaben, die den Bischöfen damit gegeben werden.

b/B.65/106/W.